

## Tarifverhandlungen gestartet – auch für Beamtinnen und Beamte wichtig!

**Die Tarifrunde 2019 wird kein Selbstläufer. Das Verhalten der Länder beim Beginn der Tarifverhandlungen am 21. Januar in Berlin hat gezeigt, dass wir uns auf harte Auseinandersetzungen einstellen müssen. Auch gegenüber der Landesregierung. Denn NRW sitzt allein schon wegen seiner Größe bei den Verhandlungen im Hintergrund immer mit am Tisch – auch wenn dieses Mal die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vom Berliner Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz (SPD) angeführt wird. Um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen, bereitet die GdP in NRW bereits erste Aktionen vor.**

„Bei unserer Forderung nach sechs Prozent mehr, mindestens aber 200 Euro pro Monat, bleibt kein Verhandlungsspielraum nach unten. Umso wichtiger ist es, dass wir hart bleiben und keinen Millimeter von unserer Forderung abweichen!“, betont die Tarifvertreterin im Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP, Jutta Jakobs. „Auch die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten ist für uns eine Selbstverständlichkeit, an der nicht gerüttelt werden darf!“

Einen akzeptablen Tarifabschluss werden die Gewerkschaften aber nur erreichen, wenn alle Betroffenen an einem Strang ziehen und gemeinsam Stärke zeigen. „Bei unseren Aktionen müssen möglichst viele Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gehen und für unsere Forderungen kämpfen. Denn die TdL wird die Beteiligung sehr genau beobachten und sich ein Bild davon machen, ob sie einem starken Verhandlungspartner gegenüber steht, oder einem Verhandlungspartner, der sich alles gefallen lässt“, betont Jakobs.

Sollten die Verhandlungen weiterhin stagnieren, wird die GdP, wie in den Tarifrunden zuvor, zu einer Großdemonstration in Düsseldorf aufrufen. Das genaue Datum hängt vom Verlauf der weiteren Tarifrunde ab. Ak-

tuelle Informationen dazu gibt es zeitnah auf der Homepage und über die Social-Media-Kanäle des Landesbezirks.

Viele Kreisgruppen werden darüber hinaus ihren Unmut mit einer

der Entgelttabellen des TV-L erforderlich. Im vergangenen Jahr wurden für die Beschäftigten beim Bund und den Ländern alle Beträge um eine Erfahrungsstufe nach oben angehoben. Die Beschäftigten der Stufe 1 erhalten seit dem

die Beträge, die bislang für die Stufe 2 galten usw. Für die Stufe 6 wurden neue, höhere Beträge eingeführt. „Das gleiche Prinzip muss jetzt auch in den Ländern eingeführt werden!“, fordert die GdP. Denn der öffentliche Dienst der Länder ist längst nicht mehr konkurrenzfähig, weder gegenüber Bund, aber erst Recht nicht gegenüber der freien Wirtschaft. So ist es inzwischen in vielen Bereichen extrem schwierig geworden, geeignete Spezialisten für die Polizei zu gewinnen. Und das in

### Keinen Zentimeter zurück!



„Aktiven Mittagspause“ vor Ort zeigen. Die Aktive Mittagspause wird an drei aufeinanderfolgenden Tagen in der 7. Kalenderwoche stattfinden. Aktuelle Informationen über die einzelnen Aktionen gibt es ebenfalls auf der Homepage, auf Facebook, Instagram und Twitter.

Um den Anschluss an den TVöD, der für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen gilt, nicht völlig zu verlieren, ist neben einer ordentlichen prozentualen Entgelterhöhung auch eine strukturelle Verbesserung

einer Zeit, in der das Land NRW die Polizistinnen und Polizisten durch die Einstellung von qualifizierten Tarifbeschäftigten entlasten will. „Vom Tarifergebnis erwarten wir, dass der in den letzten Jahren immer größer gewordene Spalt zwischen dem TV-L und dem TVöD deutlich verringert wird und die Beschäftigten für ihre Arbeit endlich angemessen bezahlt werden. Auch, um gegenüber privaten Unternehmen konkurrenzfähiger zu werden“, fordert Jakobs.

## Das Geld ist da. Die Beschäftigten haben es selbst erarbeitet!



1,4 Milliarden Euro hat das Land NRW im vergangenen Jahr als Überschuss erzielt. So viel, wie schon lange nicht mehr! Möglich war das nicht nur, weil die Konjunktur läuft und weil NRW endlich mehr Zuweisungen vom Bund für die von ihm beschlossenen Aufgaben erhalten hat, sondern auch, weil die Beschäftigten des Landes den Aufschwung in NRW erst möglich gemacht haben. Erst ein funktionierender Staat – mit einem attraktiven Bildungssystem, einer leistungsfähigen Infrastruktur und einem hohen Maß an Innerer Sicherheit – schafft die Voraussetzung dafür, dass die Wirtschaft wachsen kann. Das haben inzwischen auch die Politiker erkannt. Weniger Staat, der Abbau staatlicher Leistungen, die Vernachlässigung der Infrastruktur und die permanente Verschlechterung der Einkommen und der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst waren gestern. Sonst hat das Land keine Zukunft!

Deshalb sind die Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nach einem Einkommensplus von sechs Prozent mehr als maßvoll. Viel Verhandlungsspielraum nach unten gibt es dabei nicht. Denn sonst werden wir in Zukunft weder für die allgemeine Verwaltung des Landes, noch für die Schulen, die Universitätskliniken, Finanzämter und Justizbehörden und erst recht nicht für die Polizei genügend gut qualifizierte junge Menschen finden, die bei uns ihre berufliche Zukunft sehen.

Was es für die Zukunftsfähigkeit eines Landes und für die Perspektiven der hier lebenden Menschen bedeutet, wenn der öffentliche Dienst nicht mehr funktioniert, lässt sich heute bereits an vielen Stellen in NRW beobachten. Von der völlig maroden Infrastruktur, über vergammelte Schulen bis zu unterbesetzten Polizeistationen. Durchbrechen lässt sich diese Abwärts-spirale nur durch deutlich mehr Investitionen, nicht nur in Straßen und Gebäude, sondern auch in das eigene Personal! Deshalb geht es bei den Tarifverhandlungen mit den Ländern nicht nur um ein paar Prozentpunkte mehr oder weniger, sondern es geht um die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Dafür werden wir in den nächsten Wochen auf die Straße gehen.

Deshalb brauchen wir eure Unterstützung! Nicht nur von den Tarifbeschäftigten, sondern auch von den Polizistinnen und Polizisten, den Verwaltungsbeamten und den Pensionären der Polizei. Denn die Durchsetzung fairer Einkommen geht uns alle an!

**Michael Mertens,**  
Landesvorsitzender

## Wiederherstellung der ET-Zulage: Hartnäckiger Widerstand lohnt sich!

Dass die Politik eine einmal gestrichene Leistung wieder herstellt, ist die absolute Ausnahme. Nachdem es der GdP 2016 gelungen ist, durch jahrelangen Druck die Wiederherstellung der acht Jahre zuvor gestrichenen Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage zu erreichen, ist dieses Kunststück jetzt erneut bei der Wiederherstellung der ET-Zulage gelungen: Die knapp 500 Einsatztrainer, die Polizistinnen und Polizisten in NRW regelmäßig auf die Bewältigung gefährlicher Einsätze vorbereiten, erhalten rückwirkend wieder eine Zulage von 93 Euro im Monat. Damit sollen die besonderen Belastungen, die mit der Vorbereitung und Durchführung der Trainingsmaßnahmen verbunden sind, ausgeglichen werden.

Hintergrund der im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Streichung

der ET-Zulage war ein Bericht des Landesrechnungshofs, der die formalen Voraussetzungen für die Gewährung der Zulage als nicht gegeben angesehen hatte. Die GdP hatte das anders gesehen und hatte davor gewarnt, dass es ohne die Zulage in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, genug erfahrene, hoch qualifizierte Polizistinnen und Polizisten zu finden, die bereit sind, ihre Kolleginnen und Kollegen als Trainer auf schwierige Einsätze vorzubereiten. In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern des Innenministeriums und der Politik hatte sie deshalb darauf gedrängt, diese Fehlentscheidung zu korrigieren und die ET-Zulage wieder herzustellen. Dieser Forderung ist das Innenministerium jetzt gefolgt.

„Wir wissen, dass der Wiedereinführung der Zulage für die Einsatztrainer

schwierige Verhandlungen mit dem Finanzministerium vorausgegangen sind. Dass der Innenminister dabei Kurs gehalten hat, rechnen wir ihm hoch an“, sagte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens, unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung gegenüber den Medien „Nicht immer werden Fehlentscheidungen in der Politik so schnell korrigiert.“

Unabhängig von der Wiederherstellung der Zulage für die Einsatztrainer sieht die GdP auch bei anderen Zulagen Handlungsbedarf. Das Zulagensystem muss grundlegend überarbeitet werden. Einzelne, seit vielen Jahren eingefrorene Zulagen müssen deutlich erhöht, Gruppen, die bislang leer ausgehen, wie zum Beispiel die Mitglieder der Einsatzhundertschaften, in das Zulagensystem einbezogen werden.



# Langzeitarbeitskonten mehr als überfällig

**Eine offizielle Statistik gibt es bislang nicht, aber auch im vergangenen Jahr ist der Überstundenberg der Polizei in NRW erneut gestiegen. Nach Schätzungen der GdP auf 5,5 Millionen Stunden. Nicht nur wegen des Dauereinsatzes im Hambacher Forst, sondern auch wegen der massiven Unterbesetzung vieler Dienststellen. Für den WDR war das Anlass genug, um Anfang des Jahres in mehreren Beiträgen nachzufragen, was eigentlich aus dem Versprechen von CDU und FDP geworden ist, im Falle eines Wahlsiegs die Polizeipräsenz nachhaltig zu erhöhen? Vor allem in den ländlichen Regionen.**

Die Verstärkung kommt, aber bis sie vor Ort eintrifft, werden noch mehrere Jahre vergehen – so lautet das nüchterne Fazit der WDR-Recherche. Warum das so ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Seit ihrem Regierungsantritt haben CDU und FDP die Zahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter von zuletzt 1920 auf 2300 erhöht, ab diesem Jahr werden es sogar 2500 Anwärter sein. Zudem will die Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode 2500 zusätzliche Stellen im Tarifbereich schaffen. Trotzdem müssen alle Polizeibehörden in NRW auch in diesem Jahr mit weniger Beamten zurechtkommen, denn parallel zu den steigenden Einstellungszahlen geht auch die Zahl der Pensionierungen bei der Polizei rasant nach oben, auf bis zu 2000 Zuruhesetzungen pro Jahr. Der Grund: Jetzt erreichen die einstellungstarken Jahrgänge, die in Folge der Terroranschläge der RAF Ende der 70er-/Anfang der 80er-Jahre in den Polizeidienst eingetreten sind, die Altersgrenze.

Gegenüber dem WDR hat GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens ausdrücklich die Anstrengungen der jetzigen Landesregierung gelobt, die Einstellungszahlen bei der Polizei an den wachsenden Bedarf anzupassen. Damit werde ein Weg fortgesetzt, den die rot-grüne Vorgängerregierung in den letzten Jahren bereits eingeleitet habe – wenn auch viel zu spät. Zugleich drängte Mertens aber darauf, dass die Landesregierung jetzt alle Instrumente nutzt, damit die versprochene Verstärkung schneller in den Dienststellen vor Ort ankommt. Priorität muss dabei aus Sicht der GdP die Schaffung von Langzeitarbeitskonten bei der Polizei haben. Eine weitere Option ist, das Pensionseintrittsalter für Polizistinnen und Polizisten flexibler zu gestalten. In einem bereits 2010 veröffentlichten Positionspapier fordert die GdP die Einführung eines Ruhestandskorridors. Es muss möglich sein, dass die Beamten im Einzelfall – wenn sie dies selbst

wünschten – bis zu zwei Jahre früher, aber auch entsprechend später in Ruhestand gehen können, sagte Mertens gegenüber dem WDR. An beide Instrumente traut sich die Landesregierung aber bislang nicht heran.

Zwar hat Innenminister Herbert Reul (CDU) in den vergangenen Monaten mehrfach erklärt, dass er sich Langzeitarbeitskonten bei der Polizei vorstellen kann, trotzdem hat die Landesregierung hierfür bislang kein Konzept vorgelegt. Gegenüber dem WDR sagte Reul, CDU und FDP würden an einem Konzept für Langzeitarbeitskonten arbeiten, „aber das müsse für alle Beamten gelten“. Mit anderen Worten: Es wird noch lange dauern, bis die Landesregierung hier endlich liefert.

Warum ein längeres Abwarten problematisch ist, zeigt ein weiterer, zeitgleich vom WDR-Studio Münster ausge-

strahlter Beitrag zur Situation in der Kreispolizeibehörde Warendorf. Übereinstimmend schilderten dort Landrat Olaf Gericke (CDU) und GdP-Kreisgruppenvorsitzender Martin Entrup, was der Personalabbau auf dem Land konkret bedeutet: In Warendorf sind in den letzten Jahren 30 Stellen bei der Polizei abgebaut worden. „Das hört sich auf den ersten Blick wenig an, aber 30 Stellen weniger machen bei uns den Fortfall eines kompletten Kommissariats aus. Oder das Fehlen von fünf Streifenwagen rund um die Uhr. Das ist viel in einer kleinen Behörde“, sagte Entrup in der Lokalzeit Münster. Und Landrat Gericke erinnerte daran, „dass die Schichten oft dünn besetzt sind“ und Beamte „häufig aus dem Urlaub zurückgerufen werden müssen“, damit die Polizei noch arbeitsfähig ist. Eine Situation, die es auch in vielen anderen Behörden immer wieder gibt.



**Im September 2019 werden in NRW erstmals 2500 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt, und damit noch einmal 200 Anwärter mehr als im letzten Jahr. Trotz steigender Pensionierungszahlen werden am Ende der laufenden Legislaturperiode 885 Polizistinnen und Polizisten mehr zur Verfügung stehen als zu ihrem Beginn. 2025 werden es sogar 2400 Polizisten mehr sein. Trotzdem muss die Polizei in diesem Jahr noch einmal mit weniger Polizisten auskommen.**





# Sanierungsstau soll halbiert werden

**Bis 2022 will die Landesregierung 680 Millionen Euro in den Bau neuer Polizeigebäude und in die Sanierung alter Wachen stecken. Damit könnte bis zum Ende der Legislaturperiode gut die Hälfte des Sanierungsstaus bei der Polizei beseitigt werden, auf den die GdP bereits im vergangenen Jahr über die Medien aufmerksam gemacht hat.**

## Verkehrsforum 2019 in der Messe Essen



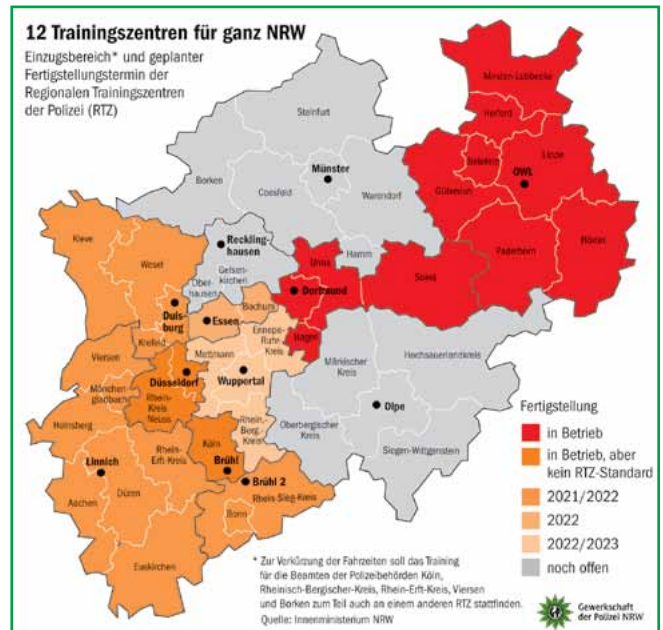
Mit dem Thema „Neue Regeln für den Radverkehr“ und einem Spezial zur „Neuausrichtung der Direktion Verkehr“ hat das Verkehrsforum der GdP in diesem Jahr gleich zwei inhaltliche Schwerpunkte. Im Mittelpunkt des ersten Teils stehen die Herausforderungen für die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei, die sich aus dem seit Jahren wachsenden Fahrradboom ergeben. Danach geht es um die grundsätzliche Neuausrichtung der Verkehrsdirektionen der Polizei. NRW's oberster Verkehrspolizist Rüdiger Wollgramm steht den Forumteilnehmern dabei Rede und Antwort. Im Anschluss an das Forum können die Teilnehmer einen Rundgang über die größte Fahrradmesse in NRW machen. Der Messebesuch ist für die Forumteilnehmer kostenfrei. Infos und Anmeldung: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

Damals hat die GdP eine Liste von massiven Baumängeln bei der Polizei vorgelegt, die von Schimmelbefall und Mausekot in den Polizeiwachen bis hin zu katastrophalen hygienischen Verhältnissen in den Duschen und Umkleieräumen reichte. Dringenden Sanierungsbedarf gibt es darüber hinaus in vielen Liegenschaften schlicht und ergreifend auch deshalb, weil die bestehenden Gebäude nicht nur in die Jahre gekommen, sondern inzwischen längst zu klein geworden sind. Und weil sie den veränderten Anforderungen an eine zunehmend digital arbeitende Polizei nicht mehr gerecht werden.

Welche Polizeigebäude im Einzelnen in den kommenden vier Jahren saniert werden, und welche Gebäude erst danach in Angriff genommen werden können, muss noch in Gesprächen zwischen dem Innenministerium, dem Finanzministerium und dem BLB entschieden werden. Aber bereits jetzt steht fest: So viel Bewegung gab es bei der Sanierung der längst in die Jahre gekommenen Liegenschaften der Polizei schon lange nicht mehr.

Profitieren sollen von dem „Investitionsprogramm 2022“ des Innenministeriums auch die geplanten Regionalen Trainingszentren der Polizei (RTZ). Bereits die frühere rot/grüne Landesregierung hatte

den Aufbau von zwölf über ganz NRW verteilte Trainingszentren geplant, in denen in Zukunft ein Großteil des Einsatztrainings für die Polizistinnen und Polizisten konzentriert werden soll. Durch die neuen Zentren sollen nicht nur Ressourcen gespart, sondern vor allem soll die Qualität der Einsatztrainings weiter verbessert und die Ausrichtung an einheitlichen Standards optimiert werden. Eine Anforderung, deren Notwendigkeit durch die aktuelle Terrorbedrohung massiv an Bedeutung gewonnen hat. Bislang sind aber nur vier der geplanten zwölf Regionalen Trainingszentren in Betrieb. Nur zwei davon, Schloss Holte-Stukenbrock und Dortmund, erfüllen alle Anforderungen. Das soll sich bis 2023 ändern.



In Zukunft werden die Polizisten in zwölf über ganz NRW verteilte Regionale Trainingszentren auf ihre Einsatzsituationen vorbereitet. Zwei der zwölf geplanten Regionalen Trainingszentren sind bereits vollständig in Betrieb, zwei weitere müssen erst auf die gestiegenen Anforderungen angepasst werden. Die übrigen acht Trainingszentren sollen spätestens bis 2023 erstellt werden.



## GdP fordert Fahrplan für Taser-Einführung

Seit dem Inkrafttreten des neuen Polizeigesetzes dürften die Polizisten in NRW auch auf den Taser zurückgreifen, wenn sie gewalttätige Angreifer stoppen oder den Widerstand von Personen brechen wollen, die sich konsequent weigern, polizeilichen Aufforderungen Folge zu leisten. Bislang war das nur für die Spezialeinsatzkräfte möglich. Wann das neue Einsatzinstrument, das die Lücke zwischen dem Einsatzmehrzweckstock und dem Reizgassprünger auf der einen und der Dienstwaffe auf der anderen Seite schließen soll, für die Beamten zur Verfügung stehen wird, steht trotzdem bislang noch nicht fest. Denn allen Lippenbekenntnissen zum Trotz hat Innenminister Herbert Reul (CDU) bislang noch keinen Zeitplan vorgelegt, wann der Taser flächendeckend in NRW eingeführt werden soll.

Gegenüber der Nachrichtenagentur dpa hat die GdP deshalb Anfang Januar davor gewarnt, dass die von der schwarz-gelben Landesregierung angekündigte Taser-Einführung wegen fehlender finanzieller Mittel aufgeschoben oder sogar ganz infrage gestellt werden könnte. „Das als Taser bekannt gewordene Distanzelektroimpulsgerät (DEIG) ist eine wichtige Ergänzung der Einsatzmittel der Polizei“, sagte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. „Deshalb muss jeder Streifenwagen damit ausgestattet werden.“

Dass im aktuellen Haushalt für 2019 keine Mittel für die Anschaffung des Taser vorgesehen sind, ist aus Sicht der GdP ein Warnsignal. Die GdP sieht dadurch die Einführung gefährdet. Bestärkt werden die Befürchtungen der GdP auch durch Äußerungen aus dem Innenministerium.



Zur Frage, wann der Taser in NRW eingeführt wird, sagte ein Sprecher des Innenministeriums gegenüber dpa, es sei „noch keine Entscheidung gefallen, ob Distanzelektroimpulsgeräte für die nordrhein-westfälische Polizei angeschafft werden“. Derzeit werde der Taser noch beim LZPD geprüft, um Klarheit zu schaffen, ob die Geräte für mehr Sicherheit der Polizisten sorgen können. Im vergangenen Jahr hatte sich Innenminister Reul noch ganz anders positioniert.

## Volker Huß aus dem GVS ausgeschieden

Neun Jahre lang, seit April 2010, war Volker Huß (59) Mitglied des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands der GdP (GVS). In dieser Zeit hat sich Volker Huß, der selbst viele Jahre als Ausbildungsleiter im Polizeipräsidium Bielefeld tätig war, als Experte für das Beamtenrecht und für alle Fragen zur Ausbildung bei der Polizei auch über NRW hinaus einen Namen gemacht. Er hat in den vergangenen zehn Jahren nicht nur an zahlreichen Stellungnahmen und Positionspapieren des Landesbezirks mitgearbeitet, sondern hat die GdP NRW auch auf der Bundesebene und bei etlichen Landtagsanhörungen als Experte vertreten.

Auf dem letzten Landesdelegiertentag im April vergangenen Jahres hatte sich Volker Huß um den Landesvorsitz der GdP beworben und war dabei aber knapp seinem Gegenkandidaten Michael Mertens unterlegen. Volker Huß wurde daraufhin von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit zu einem der vier stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP gewählt.

Nach dem Landesdelegiertentag hat sich Volker Huß beruflich noch einmal neu orientiert und hat im September vergangenen Jahres die Leitung der Polizeiwache in Herford übernommen. Um Termin- und Interessenskollisionen mit seiner neuen Funktion zu vermeiden, hatte Volker Huß bereits im vergangenen Jahr seine Mitgliedschaft im Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) aufgegeben. Dem wichtigsten Mitbestimmungsorgan auf der Ebene des Innenministeriums hatte er zuletzt als Geschäftsführer angehört. Am 31. Januar scheidet Volker Huß auch aus dem GVS aus. Den Vorsitz des GdP-Bezirks Detmold hat er ebenfalls niedergelegt. Seine

Funktion als Mitglied des Bundesausschusses Beamtenpolitik wird Volker Huß aber weiter wahrnehmen und damit auch in Zukunft für den Landesbezirk politisch aktiv sein.

Wer in den nächsten drei Jahren den Bezirk Detmold im GVS vertreten wird, werden die Mitglieder des Beirats der GdP auf ihrer nächsten Sitzung im Mai entscheiden.



# Simon Wiegand übernimmt die Mitgliederbetreuung



Für die meisten Mitglieder ist kaum eine Abteilung so wichtig wie die Abteilung Mitgliederbetreuung/Werbung, denn oft ist sie die erste Anlauf-

stelle, wenn es Serviceleistungen der GdP geht. Seit Anfang des Jahres ist Dr. Simon Wiegand ihr neuer Leiter.

Simon Wiegand hat Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Politik an der Universität Duisburg-Essen studiert und sich dabei unter anderem mit den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen des transnationalen Terrorismus für die deutsche Sicherheitspolitik auseinandergesetzt. Nach seinem Abschluss als Diplom-Sozialwissenschaftler hat Simon Wiegand als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an mehreren For-

schungsprojekten der Universität gearbeitet und über die Europäisierung der Landespolitik von NRW promoviert. Zudem war er im Geschäftsführenden Vorstand des Fördervereins des Instituts für Politikwissenschaft der Universität für den Bereich Finanzen und für die Betreuung der Vereinsmitglieder zuständig. Von 2015 bis 2017 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Landtagsabgeordneten Britta Altenkamp.

In der Geschäftsstelle des GdP-Landesbezirks ist Simon Wiegand neben dem Arbeitsbereich Mitgliederbetreuung/Werbung auch für die Sonderdienste (BePo, SEK, MEK, WSP, Hubschrauberstaffel) zuständig.

Seine Vorgängerin Sandra Anders leitet seit Anfang des Jahres die Abteilung Bildung. Außerdem ist sie für die Arbeitsbereiche Fachhochschule, Aus- und Fortbildung und für den Schichtdienst sowie für die Vertrauensleitarbeit der GdP zuständig.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41  
vom 1. Januar 2019

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der März-Ausgabe  
ist der 5. Februar.**

**GdP-Service GmbH NRW:**

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 60  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-reiseservice.de](mailto:penguin@gdp-reiseservice.de)

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 4.2. Renate Engelin, Bochum
- 6.2. Lieselotte Schnitzer, Bad Eilsen
- 11.2. Wilhelmine Woerner, Hamminkeln
- 25.2. Reinhold Frohnert, Dortmund
- 26.2. Joachim Lehnert, Unna

### 91. Geburtstag

- 4.2. Isolde Strothmann, Bochum
- 9.2. Helmut Schreiber, Viersen
- 12.2. Margarete Heyer, Willich
- 16.2. Magdalene Neumann, Detmold
- 21.2. Helmut Schramm, Bielefeld
- 24.2. Manfred Loos, Bochum
- 26.2. Henni Froese, Remscheid
- 27.2. Erna Blome, Horn-Bad Meinberg

### 92. Geburtstag

- 1.2. Anneliese Warm, Dortmund
- 8.2. Friedrich Pickert, Dorsten
- 15.2. Erika Haarmann, Meinerzhagen
- 19.2. Hans Joachim Lindrum, Brilon
- 25.2. Heinrich Olbrich, Münster
- 27.2. Karl Heinz Brune, Dortmund

### 93. Geburtstag

- 5.2. Sigrid Schelberger, Hagen

- 11.2. Erika Heinrichs, Mönchengladbach
- 14.2. Ferdinand Stemick, Düsseldorf
- 26.2. Heinz Pötter, Köln
- 27.2. Johann Jaskolla, Bottrop

### 94. Geburtstag

- 11.2. Christa Waldorf, Bonn
- 19.2. Brigitta Sennfelder, Aachen

### 95. Geburtstag

- 15.2. Sophie Hermann, Dortmund
- 27.2. Hildegard Unterfeld, Schwerte

### 96. Geburtstag

- 27.2. Walter Dzubilla, Kaiserslautern

### 97. Geburtstag

- 4.2. Manfred Plass, Bielefeld
- 12.2. Gertrud Palka, Dortmund

### 98. Geburtstag

- 24.2. Elisabeth Meister, Herten
- 26.2. Helga Geicht, Colorado-Springs USA

### 99. Geburtstag

- 5.2. Wilhelmine Hänsdieke, Düsseldorf

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**







# Bundesseniorenreise 2019

24. September - 8. Oktober

4,5\* LTI Amada Colossos Resort / Rhodos

## Eingeschlossene Leistungen:

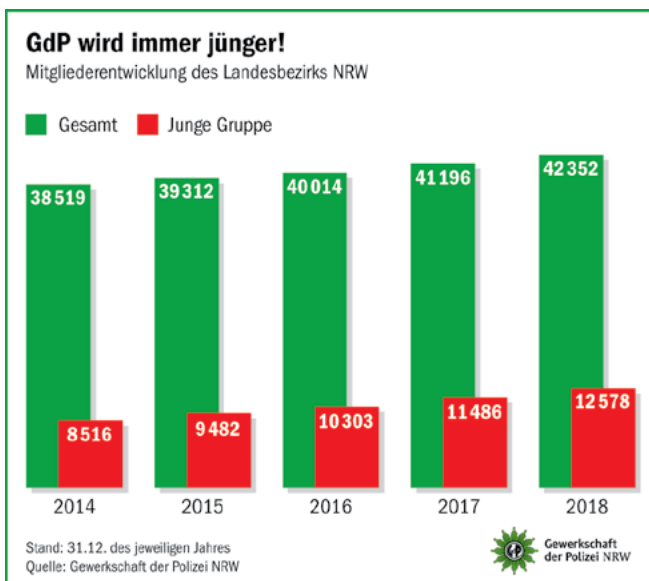
- Flug ab verschiedenen deutschen Flughäfen
- Zug zum Flug Ticket (DB) in der 2.Klasse
- Transfer vom Flughafen zum Hotel und zurück
  - 14 Übernachtungen im Doppelzimmer
  - Ultra All Inclusive
- Begleitung durch den GdP-Reiseservice

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer  
ab € 1.279,-

Bitte fordern Sie die ausführliche Ausschreibung an oder  
besuchen Sie uns auf unserer Internetseite [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de).

GdP-Service GmbH  
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf  
Reiseservice - Hotline 0211/29101 -60  
[www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)





*Im vergangenen Jahr hat die GdP ihren rasanten Mitgliederzuwachs in NRW erneut weiter ausgebaut, auf mehr als 42 000 Mitglieder. Das sind fast 4000 Mitglieder mehr als vier Jahre zuvor. Zugleich ist die Zahl der Mitglieder bis 30 Jahre erneut gestiegen, von 8516 Mitgliedern Ende 2014 auf 12 578 Mitglieder in 2018.*

## Glücksnummern des Monats

- 45 24625  
Benita Hermes, Bonn
- 45 19712  
Christian Patschinsky, Ennepe-Ruhr
- 45 25467  
Robert Marczincik, Köln
- 45 24338  
Frank Bartsch, BZ Erich Klausener
- Die Gewinner im Februar erhalten eine GdP-Auto-Notfall-Taschenlampe „Light“.**

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Coesfeld

27. Februar, 14:30 Uhr, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32 (neben der Feuerwehr), 48249 Dülmen, Martin Stricker und Bernd Schröder zum Thema Beihilfe, Hilfsmittel, Zahnbehandlung, Cyberkriminalität

### Kreisgruppe Duisburg

20. März, 15:00 Uhr, Jahreshauptversammlung Senioren mit Neuwahlen Seniorenvorstand, PSV-Heim, Futterstr. 12, 47058 Duisburg

### Kreisgruppe Köln

21. Februar, 14:00 Uhr, Infotreffen, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4, 50676 Köln, Mitarbeiter des LBV zu den Themen Beihilfe für Kuren und Reha-Maßnahmen bei Senioren, sowie Beihilfe allgemein

### Kreisgruppe Unna

27. Februar, 14:00 Uhr, Seniorentreffen, SEK-Ausbildungszentrum, Marsbruchstr. 186, 44287 Dortmund. Rückfragen an bernhard.christmann @t-online.de oder Michael Schumacher, Tel. 0 25 96-63 78 97.

## GdP aktiv

**12. 2., 14.** BP-Fußballturnier, Cosmo-Sports, Düsseldorf. Infos und Anmeldung (erforderlich): stefanie.bauer@gdp-nrw.de, Tel.: 02 11/29 10 1-12

**21. 2.,** Skatturnier der Kreisgruppe Olpe, 15:30 Uhr, Dienstgebäude, Kortemickestr. 2, Olpe

**17. 3.,** GdP-Schneetreff, alpicenter Bottrop, GdP-Vorteilspreis all inclusive: Erwachsene 29 Euro, Kinder 24 Euro. Coupons sind ab Anfang Februar bei den Kreisgruppen erhältlich

**27. 3.,** Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16 Uhr, Hotel Wilhelmshöhe, Werdohler Str. 54, Neuenrade

## NACHRUFE

Volkmar Fallak	23.05.1952	Bergisches Land	Max Hindemith	22.12.1931	Gelsenkirchen
Helmut Jürgens	18.03.1922	Bielefeld	Edith Heinzen	31.10.1936	Gütersloh
Ingrid Kaping	05.05.1931	Bielefeld	Helmut Saathoff	28.07.1932	Hagen
Rolan Küchenmeister	21.11.1929	Bielefeld	Heinrich Brendgen	10.07.1938	Heinsberg
Dieter Kiesel	11.05.1929	Bonn	Horst Rudat	18.09.1933	Heinsberg
Erhard Piepelow	29.08.1932	Bonn	Gerhard Reupke	13.11.1936	Köln
Julian Rolf	20.03.1995	Bonn	Frank Thelen	01.08.1963	Köln
Richard Stenzel	26.09.1937	Coesfeld	Hans Kullowatz	19.01.1932	Märkischer Kreis
Udo Strebel	21.08.1956	Coesfeld	Wolfgang Sonntag	05.08.1941	Minden-Lübbecke
Willi Meier	16.06.1942	Dortmund	Anneliese Weihe	28.04.1926	Minden-Lübbecke
Kurt Ohlsen	13.09.1932	Dortmund	Klaus Westerhold	04.08.1959	Minden-Lübbecke
Susanne Rutsch	10.10.1931	Dortmund	Wilfried Kramer	29.04.1953	Münster
Günther Handke	03.07.1934	Düsseldorf	Ilse Klaffke	14.10.1924	Recklinghausen
Peter Raufelder	11.05.1960	Ennepe-Ruhr	Hans-Ulrich Timpe	05.04.1943	Recklinghausen
Jürgen Ehle	17.09.1947	Gelsenkirchen	Dieter Heisig	22.08.1939	Steinfurt
Birgitt Endlein	15.12.1948	Gelsenkirchen			

